

# Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch  
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24  
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ  
Nr. 25 Dezember 1931 3. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.  
Abonnement vierteljährig S — 90

## Soll der Faschismus wirklich siegen?

Deutschland der Schlüssel zur internationalen Lage

Von Leo Trotzki

**Ann. der Redaktion:** Wir veröffentlichen nachfolgend den Deutschland betreffenden Teil eines gleichnamigen, längeren Artikels des Gen. Trotzki.

9. Auf dem durchaus nicht friedlichen politischen Welt-hintergrund hebt sich grell die Lage Deutschlands ab. Die ökonomischen und politischen Widersprüche haben hier eine unerhörte Scharfheit erreicht. Die Lösung rückt heran. Es nähert sich der Moment, wo die vorrevolutionare Situation umschlagen muß in die revolutionäre oder — die konterrevolutionäre. In welcher Richtung sich die Lösung der deutschen Krise entwickeln wird, davon wird auf viele, viele Jahre hinaus nicht nur das Schicksal Deutschlands selbst, sondern das Schicksal Europas, das Schicksal der ganzen Welt abhängig.

Der sozialistische Aufbau in der USSR, der Verlauf der spanischen Revolution, die Entwicklung der vorrevolutionären Situation in England, das weitere Schicksal des

französischen Imperialismus — all das läuft direkt und unmittelbar auf die Frage hinaus, wer im Lauf der nächsten Monate in Deutschland siegen wird: Kommunismus oder Faschismus?

10. Nach den vorjährigen Reichstagswahlen behauptete die Leitung der Deutschen Kommunistischen Partei, der Faschismus habe seinen Kulminationspunkt erreicht, von nun an werde er rasch verfallen und der proletarischen Revolution die Bahn freitreiben. Die Linke Kommunistische Opposition (Bolschewik-Leninisten) verspottete damals diesen leichtfertigen Optimismus. Der Faschismus ist ein Produkt zweier Faktoren: der scharfen sozialen Krise auf der einen Seite, der revolutionären Schwäche des deutschen Proletariats auf der anderen. Die Schwäche des Proletariats ihrerseits setzt sich aus zwei Elementen zusammen: aus der besonderen historischen Rolle der Sozialdemokratie, dieser allmächtigen kapitalistischen Agentur in den Reihen des Proletariats, und aus der Unfähigkeit der

zentristischen Leitung der Kommunistischen Partei, die Arbeiter unter dem Banner der Revolution zu vereinigen.

Den subjektiven Faktor stellt für uns die Kommunistische Partei dar, denn die Sozialdemokratie ist ein objektives Hindernis, das man hinwegzurumen muß. Der Faschismus fielt tatsächlich in Stücke, wenn es die Kommunistische Partei versteht, die Arbeiter zu vereinigen und allein dadurch sie in einen machtvollen revolutionären Magnet für alle unterdrückten Massen des Volkes zu verwandeln. Aber die Politik der Kommunistischen Partei seit den Septemberwahlen hat bloß ihre Unzulänglichkeit vertieft: das eitle Geschwätz über „Sozialfaschismus“, Spielen mit Chauvinismus, Nachahmung des echten Faschismus zum Zwecke marktschreierischer Konkurrenz mit diesem, das verbrecherische Abenteuer des „Roten Volksentscheides“ — das alles verwehrt der Kommunistischen Partei, zum Führer des Proletariats und des Volkes zu werden. Sie hat in den letzten Monaten unter ihr Banner nur jene Elemente gebracht, die die große Krise fast gewaltsam in ihre Reihen gestoßen hat. Die Sozialdemokratie hat trotz den für sie verderblichen politischen Bedingungen dank der Hilfe der Kommunistischen Partei die Hauptmasse ihrer Anhänger bewahrt und ist bisher mit zwar bedeutenden, aber dennoch zweitrangigen Verlusten davongekommen. Was den Faschismus betrifft, so hat er entgegen der klurzlichen Prahlerei Thilmanns, Rommels und anderer und in voller Uebereinstimmung mit der Prognose der Bolschewik-Leninisten seit September vergangenen Jahres einen neuen beträchtlichen Sprung vorwärts gemacht. Die Kominternfuhrung hat weder etwas vorauszusagen noch zu hindern vermocht. Sie reguliert bloß die Niederlagen. Ihre Resolutionen und übrigen Dokumente sind, leider, nur Photographien des Hinterteils des geschichtlichen Prozesses.

11. Die Stunde der Entscheidung ist nahe herangerückt. Die Komintern aber will nicht, richtiger gesagt, fürchtet sich. Rechnung zu legen über den tatsächlichen Charakter der gegenwärtigen Weltlage. Das Praesidium der Komintern behilft sich mit hohlen Agitationsblatichen. Die führende Partei der Komintern, die WKP, hat keinerlei Stellung bezogen Als hätten die „Für“r des Volkproletariats“ den Mund voll Wasser genommen! Sie gedenken zu schweigen. Sie gehen daran, sich zu verschanen. Sie hoffen abzuwarten. Lenins Politik haben sie ersetzt durch die Vogelstrauopolitik. Dicht rückt einer jener Knotenpunkte der Geschichte heran, wo die Komintern nach einer Reihe großer aber immer noch „partieller“ Fehler, die ihre im ersten Jahrhundert ihres Bestandes aufgehäuften Kräfte untergraben und erschüttert haben, riskiert, den kapitalen, verhängnisvollen Fehler zu begehen, der die Komintern als revolutionären Faktor für eine ganze historische Epoche von der politischen Karte hinweglegen kann.

Mogen Blinde und Memmen das nicht bemerken. Mogen Verleumder und gemietete Journalisten aus des Bundes mit der Konterrevolution anklagen! Ist doch Konterrevolution bekanntlich durcheinand nicht das, was den Weltimperialismus befestigt, sondern das, was die Verdauung des kommunistischen Beamten stört. Die Bolschewik-Leninisten kann Verleumdung weder schrecken noch zurückhalten von Erfüllung ihrer revolutionären Pflicht. Nichts darf verschwiegen, nichts abgeschwächt werden. Man muß es laut und vernachlässigen den fortgeschrittenen Arbeitern sagen: Nach der „dritten Periode“ des Abenteuerturns und der Prahlerei ist bereits die „vierte Periode“ — der Panik und Kapitulation angebrochen.

12. Uebersetzt man das Schweigen der jetzigen Führer der WKP in die artikulierte Sprache, so besagt es: „Laßt uns in Frieden!“ Die inneren Schwierigkeiten der USSR sind außerordentlich groß. Die unregulierten ökonomischen und sozialen Widersprüche fahren fort, sich zu verscharfieren. Die Demoralisierung des Apparats, als unvermeidliches Produkt des plebiszitären Regimes, hat wahrhaft bedrohliche Ausmaße angenommen. Die politischen Beziehungen und vor allem die Beziehungen innerhalb der Partei, die Beziehungen zwischen dem demoralisierten Apparat und der zersplitterten Masse sind gespannt wie eine straffe Saite. Alle Weisheit der Bürokraten liegt im Warten im Aufgeschoben. Die Lage in Deutschland droht offenkundig mit Erschütterungen. Aber gerade Erschütterungen fürchtet der Stalinsche Apparat über alles. „Lat uns in Frieden! Lat uns aus den schärfsten inneren Widersprüchen herauskom-

## Arbeitermord in Voitsberg

Genosse Groman und die Lehrerin Koch erschossen

Regierung verhängt Ausnahmezustand zum Schutze der Arbeitermorder

Die Mordlust der Ordnungsbestie hat wieder zwei proletarische Opfer gefordert.

Planmäßig vorbereitet besetzte die Gendarmerie des Herrn Heimwehrfuhrers Maifner das Rathaus von Voitsberg gerade zur selben Zeit, als eine sozialdemokratische und eine nationalsozialistische Versammlung tagte, um im Rathaus nach Waffen zu suchen.

Daß wir es hier mit einer Provokation nedertragster Sorte zu tun haben, ist offenkundig. Dieselbe Gendarmerie, die am Putschsonntag die Heimwehr mit 300 Gewehren und 1 Maschinengewehren abziehen ließ, sucht im Rathaus nach Waffen, die unmittelbar vor der Besetzung eingeschmuggelt wurden. Tatsächlich wurde nachgewiesen, daß durch eine offen vorgetundene Tür Sprengrohren ins Rathaus geschleppt wurden. Ansonst fand man nur ein Gewehr, einen Säbel und einen Revolver. Diese Waffen standen aber den Gemeindefunktionaren zur Verfügung. Daß die Gendarmerie unter dem Vorwand einer anonymen Anzeige, ohne die Gemeindefunktionäre zu verständigen, gerade an diesem Abend, wo die beiden gegnerischen Versammlungen stattfanden, das Rathaus besetzten, läßt keinen Zweifel offen, daß wir es mit einer bestellten Provokation zu tun haben.

Es galt der Grazer Gerichtskommission einen Entlastungsvorwand zu liefern. Das geht schon daraus hervor, daß der Gendarmeriekommandant Maifner unmittelbar nach dem Blutbad an den Voitsberger Heimwehrfuhrer Ing. Dietrich folgendes telephonierte:

„Wir werden von Graz sofort Heimwehrtruppen nach Voitsberg schicken. Die Heimwehr soll im Interesse des Pflanzprozesses mit der Gendarmerie gemeinsam arbeiten. Auch wenn keine Unruhen in Voitsberg ist, wird es sehr schön ausschauen, wenn die Heimwehr und die Gendarmerie zusammen Dienst machen.“

Damit soll den Grazer Geschworenen der Beweis geliefert werden, daß die Heimwehren am 13. September nicht gegen die bestehende Verfassung, sondern nur gegen einen drohenden „Putsch“ der Roten mit Waffengewalt vorgehen wollten. Wir glauben den Landsknechten des Kapitals gerne, daß ihnen nicht so sehr die Schoberverfassung, als die Rechte der Arbeiterklasse ein Dorn im Auge sind.

Sind doch die Gewehre der Voitsberger Gendarmen nicht aus „Notwehr“, sondern aus unbezweifelbarem Arbeiterha und mit Absicht losgegangen. Mit den, nach dem Blutbad gegen die revolutionären Arbeiter vor sich gehenden Verhaltungen soll nachträglich die Rechtfertigung für den Arbeitermord konstruiert werden.

Genug des Arbeitermordes. Zu den zwei Toten des Putschsonntages zählen wir die beiden Opfer, die gefallen sind, um den Arbeitermord vom 13. September vor den Geschworenen zu rechtfertigen.

Mord zur Rechtfertigung des Arbeitermordes, das ist der Weg des Faschismus!

### Ausnahmezustand

Die Regierung hat, angesichts des drohenden Massenprotestes gegen den Freispruch der Putschisten und den Voitsberger Arbeitermord ab Samstag, den 19. Dezember, für das ganze Bundesgebiet ausnahmslos, nach Paragraph 6 des Versammlungsgesetzes aus dem Jahre 1867, alle öffentlichen Versammlungen (Aufmärsche usw.) verboten. Während die Faschisten am Freitag abend in Graz durch einen Fackelzug ihre Häuptlinge und den Arbeitermord feiern, soll jeder Protest der Arbeiterschaft niederknuppelt werden. Die Geschichte der Republik ist zu einer Geschichte des Arbeitermordes geworden.

Trotz alledem, die österreichische Arbeiterklasse wird das Vermachtis ihrer gemordeten Genossen erfüllen.

An der Bahre unseres toten Parteigenossen Paul Großmann mussen sich die Kommunisten zum gemeinsamen Vorgehen entschließen.

Arbeiter von Steiermark! Kommunisten von Graz und Voitsberg! Schließt euch zusammen. Schafft revolutionäre Aktionsausschusse im Sinne der Vorschläge der linken Kommunisten.

Nieder mit dem Faschismus! Heraus zum Massenprotest. Organisiert uns den Betrieben und proletarischen Organisationen den Massensturm gegen Faschismus und Hungersanierung. Es lebe die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats!

## Für die Kaherung Cobblis

Die Vertreter von 24.000 Arbeitern für die Trotzki-Resolution.

Nachdem, wie wir bereits gemeldet haben, die Berliner Mitgliederversammlung des revolutionären Bauarbeiterverbandes (IVfB) eine Resolution angenommen hat, die von der Sowjetregierung die Ruckberufung Trotzki's fordert, hat nun der Verbandstag dieses Verbandes einstimmig eine derzugliche Resolution angenommen. Auch die als Delegierten anwesenden Parteimitglieder stimmten dieser Resolution zu.

## Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Deutschland ist der Schlüssel der internationalen Lage. Dort fallen in den nächsten Monaten für Jahrzehnte die Entscheidungen, Genossen! Kommt alle in den, jeden Mittwoch, um halb 8 Uhr abends stattfindenden

### Bildungskurs

im Gasthaus „Volksgarten“, Sigmundstadl 1  
Unser jetziges Thema: „Wohin sturm Deutschland?“  
Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

men! Und dann ... man wird sehen.“ Das ist die Stimmung bei den Spitzen der Stalinischen Fraktion. Gerade sie verbirgt sich hinter dem skandalösen Schweigen der „Führer“ in einem Moment, wo ihre elementarste revolutionäre Pflicht darin besteht, sich klar und deutlich auszusprechen.

13 Es ist nicht verwunderlich, daß das treubruchige Schweigen der Moskauer Leitung zum Paniksignal der Berliner Führer wurde. Jetzt, wo man rüsten muß, die Massen in den Entscheidungskampf zu führen, bekundet die Leitung der Deutschen Kommunistischen Partei Verwirrung, dreht und windet sie sich mit Phrasen durch. An selbständige Verantwortung sind diese Leute nicht gewöhnt. Sie sinnen jetzt vor allem darüber nach, ob sich nicht irgendwie beweisen ließe, daß der „Marxismus-Leninismus“ Ausweichen vor dem Kampf heischt. ...

Eine vollendete Theorie in dieser Beziehung haben sie gleichsam noch nicht geschaffen. Aber sie liegt schon in der Luft. Sie wird von Mund zu Mund getragen und schimmert in Artikeln und Reden durch. Der Sinn dieser Theorie ist folgender: Der Faschismus wächst unaufhaltsam; sein Sieg ist ohnehin unvermeidlich; statt sich „blind“ in den Kampf zu stürzen und zerschlagen zu lassen, ist es besser, vorsichtig zurückzuziehen, dem Faschismus anheimzustellen, die Macht zu ergreifen und sich zu kompromittieren. Dann — oh, dann! — werden wir uns zeigen.

Abenteurertum und Leichtsinns lösen einander nach den Gesetzen der politischen Psychologie mit Kniefall und Kapitulation ab. Der Sieg der Faschisten, ein Jahr zuvor für unmöglich gehalten, wird jetzt bereits als gesichert angesehen. Irgendein Kuusinen, hinter den Kulissen von irgendeinem Radetz inspiriert, bereitet für Stalin die geniale strategische Formel vor: rechtzeitig zurückzuziehen, die revolutionären Truppen aus der Gefechtszone herausführen, dem Faschismus eine Falle stellen, in Form ... der Staatsmacht.

Würde diese Theorie sich in der Deutschen Kommunistischen Partei befestigen, ihren Kurs in den nächsten Monaten bestimmen, so bedeutete dies seitens der Komintern einen Verrat nicht geringeren historischen Ausmaßes als der Verrat der Sozialdemokratie vom 4. August 1914, dabei mit noch schrecklicheren Folgen.

Es ist Pflicht der Linken Opposition, Alarm zu schlagen: die Leitung der Komintern führt das deutsche Proletariat zu einer gewaltigen Katastrophe, deren Kern die pansche Kapitulation vor dem Faschismus ist!

14 Die Machtübernahme der deutschen „Nationalsozialisten“ würde vor allem die Vertilgung der Blüte des deutschen Proletariats bedeuten, die Zerstörung seiner Organisationen, die Ausrottung seines Glaubens an sich und seine Zukunft.

Entsprechend der weitaus größeren Reife und Schärfe der sozialen Gegenkräfte in Deutschland würde die Höllearbeit des italienischen Faschismus sich wahrscheinlich als bloßes und fast harmloses Experiment ansprechen im Vergleich zur Arbeit des deutschen Nationalsozialismus.

Zurückweichen, sagt Ihr, gestrige Propheten der „dritten Periode“? Führer und Institutionen können zurückweichen. Einzelne Personen können sich verbergen. Aber die Arbeiterklasse wird angesichts des Faschismus nirgends zurückweichen und nirgends sich verbergen können. Hält man wirklich das Ungeheuerliche und Unwahrscheinliche für möglich, daß die Partei tatsächlich dem Kampf ausweichen wird und damit das Proletariat auf Gnade und Ungnade seinem Todfeind ausliefern, so bedeutete das nur Eines: die grausamen Schlachten würden sich nicht vor der Machtergreifung der Faschisten, sondern nach ihr entspinnen, das heißt: unter für den Faschismus zehnmal günstigeren Bedingungen als heute. Der Kampf des von der eigenen Führung verratenen, überraschten, desorientierten, verzweifelten Proletariats gegen das faschistische Regime würde sich in eine Reihe furchtbarer, blutiger und ausgewogener Zuckungen verwandeln. Zehn proletarische Aufstände, zehn Niederlagen, eine nach der anderen, könnten die deutsche Arbeiterklasse so verbluten und entkräften lassen, wie sein Zurückweichen vor dem Faschismus es im gegebenen Augenblick schwächen würde, wo erst die Entscheidung der Frage bevorsteht, wer Herr im Hause Deutschlands werden soll.

15. Noch ist der Faschismus nicht an der Macht. Noch hat sich ihm der Weg zur Macht nicht geöffnet. Die Führer des Faschismus fürchten noch, es zu wagen: sie begreifen, daß der Einsatz zu groß ist, daß es um die Köpfe geht. Unter diesen Bedingungen können die Kapitulationsstimmungen bei den kommunistischen Spitzen die Aufgabe nur unerwartet vereinfachen und erleichtern.

Wenn augenblicklich sogar einflussreiche Bourgeoisiekreise das faschistische Experiment fürchten, gerade deshalb, weil sie keine Erschütterungen, keinen langen und furchtbaren Bürgerkrieg wünschen, so würde die Kapitulationspolitik des offiziellen Kommunismus — dem Faschismus den Weg zur Macht eröffnend — völlig die Mittelklassen wie die noch schwankenden Schichten der Kleinbourgeoisie und auch bedeutende Schichten des Proletariats selbst auf die Seite des Faschismus stoßen.

Selbstverständlich, #ganzdumm wird der siegreiche Faschismus als Opfer der objektiven Widersprüche und der eigenen Unzulänglichkeit leben. Aber unmittelbar, für eine absehbare Zukunft, für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre würde der Sieg des Faschismus in Deutschland die Unterbrechung in der Entwicklung der revolutionären Erfolge bedeuten, Zusammenbruch, der Komintern, Triumph des Weltimperialismus in seinen abscheulichsten und blutigsten Formen.

16. Der Sieg des Faschismus in Deutschland würde den unvermeidlichen Krieg gegen die USSR bedeuten.

Es wäre in der Tat ausgesprochen politischer Stumpfheit zu glauben, daß, zur Macht gelangt, die deutschen Nationalsozialisten mit dem Krieg gegen Frankreich oder auch zur gegen Polen begännen. Der unvermeidliche Bürgerkrieg gegen das deutsche Proletariat wird in der Außenpolitik den Faschismus für die gesamte erste Periode seiner Herrschaft an Händen und Füßen binden.

Hitler wird Pilsudski ebenso brauchen, wie Pilsudski Hitler. Beide werden gleichermaßen Waffen Frankreichs sein. Fürchtet augenblicklich der französische Bourgeois die Machtergreifung der deutschen Faschisten als einen Sprung ins Ungewisse — so wird am Tage von Hitlers Sieg die französische Reaktion, die „nationale“ wie die radikalsozialistische, ihren ganzen Einsatz auf den Faschismus stellen.

Keine der „normalen“ bürgerlichen Parlamentsregierungen kann augenblicklich einen Krieg gegen die USSR riskieren: das könnte unabsehbare innere Verwicklungen zur Folge haben. Wenn aber Hitler zur Macht gelangt, wenn er hierauf die Avantgarde der deutschen Arbeiter zertrümmert, für Jahre hinaus das ganze Proletariat zerstört und demoralisiert, wäre die faschistische Regierung allein fähig zu einem Krieg gegen die USSR. Selbstverständlich wird sie dabei in gemeinsamer Front mit Polen und Rumänien, mit den anderen Randstaaten vorgehen und auch mit Japan im Fernen Osten. In diesem seinem Unternehmen würde Hitlers Regierung nur das Vollstreckungsorgan des gesamten Weltkapitals sein. Clemenceau, Millerand, Lloyd George, Wilson konnten mit der Sowjetregierung nicht unmittelbar Krieg führen, sie konnten im Laufe dreier Jahre die Armeen Koltchaks, Denikins, Wrangels unterstützen. Hitler würde im Fall des Sieges Oberwangel der Weltbourgeoisie werden.

Es ist unnütz, ja sogar unmöglich, jetzt vorauszufragen, wie solch eine Art gigantischen Duells enden würde. Es ist aber vollkommen klar: brähe der Krieg der Weltbourgeoisie gegen die Sowjets nach der Machtergreifung der Faschisten in Deutschland aus, so bedeutete das für die USSR furchtbare Isolierung und Kampf um Leben und Tod unter den schwierigsten und gefährlichsten Bedingungen. Die Zerschlagung des deutschen Proletariats durch die Faschisten würde mindestens bereits zur Hälfte den Zusammenbruch der Sowjetrepublik in sich einschließen.

17. Doch bevor die Frage auf die europäischen Kampfstritten hinaustritt, muß sie in Deutschland entschieden werden. Daher sagen wir, daß sich in Deutschland der Schlüssel zur internationalen Frage befindet. In wessen Händen? Vorläufig noch in den Händen der Kommunistischen Partei. Noch hat sie ihn nicht entgelten lassen. Aber er kann ihr entgleiten. Die Führung stößt sie auf diesen Weg. Jeder, der das „strategische Zurückweichen“ predigt, d. h. die Kapitulation, jeder, der solche Predigt duldet, ist ein Verräter. Die Propagandisten des Zurückweichens vor den Faschisten müssen als unbewußte Agenten des Feindes in den Reihen des Proletariats betrachtet werden.

Die elementare revolutionäre Pflicht der deutschen Kommunistischen Partei gebietet ihr auszusprechen: der Faschismus kann zur Macht gelangen nur durch unermesslichen, vernichtenden Bürgerkrieg um Leben und Tod. Das müssen vor allem die Arbeiter-Kommunisten wissen. Das müssen die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, die Parteiloson, das ganze Proletariat. Das muß beizeiten die Rote Armee wissen.

18. Aber ist der Kampf nicht wirklich hoffnungslos? Im Jahre 1923 hat Brandler die Kraft des Faschismus ungeheuerlich überschätzt und damit die Kapitulation verdeckt. Die Folgen dieser Strategie trägt die Weltarbeiterbewegung bis zum heutigen Tag. Die historische Kapitulation der Deutschen Kommunistischen Partei und der Komintern im Jahre 1923 lag dem darauffolgenden Wachstum des Faschismus zugrunde. Gegenwärtig stellt der deutsche Faschismus eine unermeßlich größere politische Kraft dar als 8 Jahre zuvor. Wir haben die ganze Zeit vor Unterschätzung der faschistischen Gefahr gewarnt, und nicht an uns ist es, als jetzt zu laugnen. Gerade deshalb können und müssen wir jetzt den deutschen revolutionären Arbeitern sagen: Eure Führer fallen aus einem Extrem wieder ins andere.

Bisher liegt die Hauptkraft der Faschisten in der Zahl. Ja, sie vereinigen viele Stimmzettel. Aber im sozialen Kampf entscheidet nicht der Stimmzettel. Hauptarmee des Faschismus bleiben immer noch die Kleinbourgeoisie und der neue Mittelstand: das kleine Handwerks- und Handelsvolk der Stadt, Beamten, Angestellte, technisches Personal, Intelligenz, heruntergekommene Bauern. Auf der Waage der Wahlstatistik wiegen tausend faschistische Stimmen ebenso viel wie tausend kommunistische. Aber auf der Waage des revolutionären Kampfes stellen tausend Arbeiter einfa Großunternehmer eine hundertmal größere Kraft dar als tausend Beamte, Kassisten, ihre Frauen und Schwiegermütter. Die Hauptarmee der Faschisten besteht aus menschlichem Staub.

Die Sozialrevolutionäre waren in der russischen Revolution die stärksten Zahl. Für sie stimmte in der ersten Zeit alles, was nicht bewußter Bourgeois oder bewußter Arbeiter war. Selbst in der konstituierenden Versammlung, d. h. nach dem Oktobersturz bildeten die Sozialrevolutionäre die Mehrheit. Sie hielten sich daher für eine große nationale Partei. Sie erwiesen sich als große nationale Null.

Wir denken nicht daran, ein Gleichheitszeichen zwischen den russischen Sozialrevolutionären und den deutschen Nationalsozialisten zu machen. Aber Ähnlichkeitszüge, sehr wichtige für die Klärung der behandelten Frage, gibt es zwischen ihnen zweifellos. Die Sozialrevolutionäre waren die Partei der verworrenen Volkshoffnungen. Die Nationalsozialisten sind die Partei der nationalen Verzweiflung. Die größte Fähigkeit, von Hoffnung zur Verzweiflung überzugehen, besitzt die Kleinbourgeoisie, die dabei auch einen Teil des Proletariats mit sich zieht. Die Hauptmasse der Nationalsozialisten ist, gleich den Sozialrevolutionären, — menschlicher Staub.

19. Der Panik verfallen, vergessen die Unglücksstrategen die Hauptsache: die großen sozialen und Kampfsprüche des Proletariats. Seine Kräfte sind nicht verzag. Es ist fähig nicht nur zum Kampf, sondern auch zum Sieg. Die Erzählungen über mutlose Stimmungen in den Betrieben widerspiegeln in der Mehrzahl der Fälle die nutzlosen Stimmungen der Beobachter selbst, d. h. der

verwirrten Parteibeamteten. Aber man muß auch in Betracht ziehen, daß die Arbeiter die verwickelte Lage und die Konfusion bei den Spitzen beunruhigen muß. Die Arbeiter verstehen, daß der große Kampf eine feste Führung erfordert. Nicht die Kraft des Faschismus und nicht die Notwendigkeit des grausamen Kampfes schrecken die Arbeiter. Sie beunruhigt die Unsicherheit und Wankelmütigkeit der Führung, die Schwankungen im verantwortungsvollsten Augenblick. Von den Stimmungen der Bedrücktheit und Mutlosigkeit in den Betrieben wird nicht die Spur bleiben, sobald nur die Partei fest, klar, sicher ihre Stimme erhebt.

20. Kein Zweifel, die Faschisten haben ernste Kampfkaders, erfahrene Sturmabteilungen. Dazu darf man sich nicht leicht hin verhalten: die „Offiziere“ spielen auch in der Bürgerkriegsarmee eine große Rolle. Doch nicht die Offiziere entscheiden, sondern die Soldaten. Indes sind die Soldaten der proletarischen Armee unermeßlich höher, verlässlicher, ausdauernder als die Soldaten der Hitler-Armee.

Nach der Machteroberung wird der Faschismus leicht seine Soldaten finden. Mit Hilfe des Staatsapparates läßt sich eine Armee aus Bourgeoisöhnchen, Intelligenzern, Kontoristen, demoralisierten Arbeitern, Lumpenproletariern usw. schaffen. Beispiel: der italienische Faschismus. Allein auch hier muß man sagen: eine ernste historische Prüfung ihres Kampfwertes hat die italienische faschistische Miliz noch nicht erfahren. Aber der deutsche Faschismus ist ja noch nicht an der Macht. Die Macht muß erst erobert werden im Kampf mit dem Proletariat. Wird etwa die kommunistische Partei für diesen Kampf schlechtere Kaders als die des Faschismus ausheben? Und kann man auch nur für eine Minute zugeben, daß die deutschen Arbeiter, die in ihren Händen machtvolle Produktions- und Transportmittel haben, die durch ihre Arbeitsbedingungen zu einer Armee des Eisens, der Kohle, der Eisenbahnen, der Elektrizitätswerke verbunden sind, im Entscheidungskampf nicht eine unermeßliche Ueberlegenheit über Hitlers Menschenraub bezeugen werden?

Ein erstes Element der Stärke von Partei und Klasse ist auch jene Vorstellung, die sie vom Kräfteverhältnis im Lande haben. In dem Krieg bemüht sich der Feind eine übertriebene Vorstellung von seinen Kräften zu erwecken. Darin bestand eines der Geheimnisse der Napoleonischen Strategie. Prahlten kann Hitler jedenfalls nicht minder als Napoleon. Aber seine Aufschneidererei wird zu einem militärischen Faktor erst im Moment, wo die Kommunisten ihm Glauben schenken. Mehr als alles ist augenblicklich eine reale Kräfteberechnung notwendig. Wovüber verfügen die Nationalsozialisten in den Betrieben, bei den Eisenbahnen, in der Armee, über wieviel organisierte und bewaffnete Offiziere? Eine klare soziale Analyse des Bestandes beider Lager, ständiges und wachsame Ueberrechnen der Kräfte — das sind die unfehlbaren Quellen des revolutionären Optimismus.

Die Stärke der Nationalsozialisten liegt gegenwärtig nicht so sehr in ihrer eigenen Armee, als in der Zersplitterung der Armee ihres Todfeindes. Aber gerade die Realität der faschistischen Gefahr, ihr Wachsen und Herannahen, das Bewußtsein der Notwendigkeit, sie um jeden Preis abzuwenden, müssen unvermeidlich die Arbeiter zum Zusammenschluß im Namen der Selbstverteidigung stoßen. Die Konzentrierung der proletarischen Kräfte wird sich um so rascher und erfolgreicher vollziehen, je verlässlicher die Achse dieses Prozesses sich erweisen wird, d. h. die kommunistische Partei. Der Schlüssel zur Position liegt noch in ihren Händen. Wehe ihr, wenn sie ihn entgleiten läßt!

In den letzten Jahren haben die Beamten der Komintern bei allem und jedem Anlaß, manchmal ganz unangebracht, über die der USSR unmittelbar drohende Kriegsgefahr geschrien. Jetzt nimmt diese Gefahr realen Charakter und konkrete Umrisse an. Für jeden revolutionären Arbeiter muß zum Axiom werden: der Versuch der Faschisten zur Machtergreifung in Deutschland kann nicht anders als die Mobilisierung der Roten Armee nach sich ziehen. Für den proletarischen Staat wird es hier im direktesten und unmittelbarsten Sinn um die revolutionäre Selbstverteidigung gehen. Deutschland ist nicht bloß Deutschland. Es ist das Herz Europas. Hitler ist nicht bloß Hitler. Er ist Kandidat auf den Oberwangel. Aber auch die Rote Armee ist nicht bloß die Rote Armee. Sie ist — die Waffe der proletarischen Weltrevolution.

26. November 1931.

## Präsidentenwahl

Vom 9. IX. 1931 bis 30. XI. 1931.

Von den Genossen: S. Rabitsch — 20, Ruppitsch — 45, Strang — 20, Streicher — 20, Cech — 50, Louisi — 40, Meissenbichler — 20, Voitsberg — 30, Brandner — 30, Fröhlich — 50, Lenz — 20, Hertl — 18, Persch, — 54, Beck — 20, Hoppl — 50, Voitsberg — 30, Kleinsch, — 15, Keppel 5, — Schrottnner — 20, Kumer — 30, Greifoner — 20, Leuk — 50, Birnstingl — 30, Kollar, 1. —, Reisinger — 80, Perl — 30, Steingruber — 15, Taferner — 50, Riedl — 20, Rath, R. — 50, Polack — 20, Müller Th. — 50, Steingr. — 20, Schwab — 20, Hag. — 40, Laritz — 50, Rath — 50, Uilly — 50, Ungenannt 2., —, Kummer — 30, Timmisch — 40, Ungenannt — 50, Manner — 20, Wunderl — 20, Pifneißl — 75, Koll, 1. —, Laritz — 20, Horvayts — 50, Reising, 1. —, Ib. 1. —, Dekortl — 20, Binder — 20, Kiefer — 20, Sreider — 80, Hert 291, Primer 130, Ratschob — 70, Mitzeber- versammlung 1039, Sattler — 20, Ruppitsch 1., —, Greifoner — 60, Voitsberg 180, Reisinger 1., —, Steingruber — 60, Taferner — 50, Kelb, 1.10, Scharl — 50, Perzl — 50, Fröhlich 5, 75, Louisi 388, Cech 420, Rabitsch 256, Brandner 130, Lenz 136, Birnstingl — 50, Flü. 2., —, Rat — 20, Horvak — 50, zusammen S 73.07, Finanz 56.20, von Ungenannten in kleinen Beträgen gespendet S 38.63, Insgesamt S 167.90

## Rothschildrepublik

An den Arbeitsvermittlungsbüro (sie sollten richtig Arbeitslosenaussteuerungsämter heißen) stehen täglich lange Kolonnen Menschen zur Neuankmeldung, ausgenommen in jenen Orten, wo schon lange niemand mehr Arbeit hat, es daher kaum noch Neuankmeldungen gibt. Kurzarbeit ist die Regel. In Schlangenreihen stehen die Proletarier vor den Fürsorgeämtern, um ihre Winterhilfe zu beziehen.

Noch hat sich der große Lohnraub bei den Bundesangestellten nicht restlos ausgewirkt und schon drohen die „verantwortlichen Faktoren“ mit neuerlichen Gehaltskürzungen.

Diesmal wird bei den Eisenbahnern begonnen. Selbst die zahme „A.Z.“ muß eingestehen, daß obwohl der unkorrekte Strafler von den Bundesbahnen verschwunden ist, sein System und seine Methoden geblieben sind. Die untersten Gehaltsstufen sind neuerlich um zwei, die mittleren um ein Prozent gekürzt worden, während die Herren mit den goldenen Krügen verschont bleiben. Kürzung und Beseitigung der Nebengebühren, die einen entscheidenden Bestandteil des Einkommens bilden, machen den empfindlichsten Teiler Lohnkürzungen aus.

Gamit würde sich selbst die SP. noch abfinden. Daß man aber das Kollisionsrecht der Eisenbahner, die Dienstleistung und Personalvertretung vornehmlich zum Zwecke eines rücksichtlosen Objektgleichverhältnisses will, das können sie bürokratisch nicht verzeihen. Sie sind für die Sicherung der Bundesbahnen, für die Abschaffung des 44-Millionen-Defizits auf das Personal, wenn sie nur dafür antworten und mitbestimmen dürfen. Die größte Unternehmung Österreichs, die Bundesbahn, muß im Einklang mit den Angestellten die Güter nicht mehr zu liefern.

Während im parlamentarischen Bereich die Beschlüsse, die die Notverordnung gerade nicht durchführt, die demokratische nicht auf legalem Wege die Einführung ihrer Wirtschaftswünsche ermöglicht, so setzen sie durch, das ist noch der einzige Punkt, um den die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften kämpfen.

Im Parlament liegen weiterhin die „A.Z.“-Gehälter, die im Kampf mit den Arbeitern und Angestellten zentriert sind. Bei den Angestellten der Kreditanstalt und der Kreditanstalt werden die Kollektivverträge, die selbst die im Angestellten-gesetz vorgesehenen Bestimmungen außer Kraft gesetzt und neue Verträge diktiert. Damit ist der Reigen eröffnet und wird auch bei den Kollektivverträgen der „notleidenden“ Industrie nicht Halt machen. Die Kreditanstalt bietet der Bourgeoisie nur den geeigneten Vorwand, um Brüche zu schlagen in das Kollektivvertragssystem; um künftig auf gesetzlichem Wege jeden beliebigen Lohnraub zur beliebigen Zeit diktieren zu können.

Insgesamt sollen als erste Etappe 5000 Bundesangestellte abgebaut werden. Nicht etwa die Hofräte und hohen Beamten, die in Österreich so zahlreich wie Ratten sind, werden abgebaut, sondern die ohnehin schon überlasteten unteren Beamten mit den 200-Schilling-Gehältern. Sie sind nur ein Posten im Budget zur Deckung des 215-Millionen-Defizits des Bundes.

Nach endlosem Schachern mit den SP-Führern wurde vor wenigen Wochen der Rekonstruktionsausschuß geschaffen und die Leitung der Kreditanstalt erneuert. Nun hat der Londoner Rothschild der Regierung nahegelegt, die Leitung und Reorganisation der Bank wieder in die Hände des Verwaltungsrates zu legen. Der Staat hat hundert Millionen Schilling in die Kreditanstalt gesteckt, hat die Haftung für ihre Einlagen übernommen, hat die wertlosen Aktien aufgewertet und zu guter Letzt wird der Wiener Rothschild wieder Herr über Österreich. Der Londoner Rothschild „empfiehlt“ der Regierung, die das ganze Staatsvermögen in die bankrotte Rothschild-Bank gesteckt hat, sie möge den Wiener Rothschild und die bankrotten Aktionäre wieder allein wirtschaften lassen. Bisher haben sie ihr eigenes Aktienkapital verpulvert, jetzt haben sie das Staatsvermögen zum verwirren. Und es geschieht. Der Kanzler der Republik rühmt sich noch eines Telegrammes des Londoner Rothschild, wo dieser feststellt, daß die Wiedereinsetzung der bankrotten Wiener Rothschilddynastie mit den Interessen des Volkes zusammenfällt.

Der Zusammenbruch, in den die Habsburger die Monarchie geführt haben, war nicht ärger, als der skandalöse Bankrott der Rothschilddynastie und ihrer Direktoren. Habsburg mußte das Land verlassen. Rothschild wird mit Steuergeldern saniert und in seine Rechte wieder eingesetzt. Und all das vollzieht sich unter dem Schatten des Weihnachtsbaumes der Republik, der Rothschild Geld und Macht, den Werk-tätigen Winterhilfe bringt.

Während sich in Graz eine elende Komödie, der sogenannte Putschistenprozeß, abspielt, rüstet Seipel hinter den Kulissen. Die Fäden zwischen Budapest und Wien werden immer dichter. Seit dem Begräbnis der Zolomon haben die Habsburger Oberwasser. Sie träumen von der Rückkehr der Monarchie, aufgeputzt mit dem Hahnenschwanz. Der Erfolg Rothschild läßt auch ihre Hoffnungen ansteigen.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg in der ersten Dezemberhälfte um 25.000. Mit den Ausgesteuerten und Altersrentnern ist das fünfte Hunderttausend der Arbeitslosen überschritten. In Österreich gibt es bereits mehr Arbeitslose als Arbeiter und Angestellte in den Aemtern. Unaufhaltsam geht die Krise weiter und reißt immer

neue Schichten in das Elend. Soziale Zerrüttung und politische Reaktion ergänzen einander.

Noch haben die Hüter der Ordnung und die Apostel des Durchhaltens, die sozialdemokratischen Führer, die Macht über die großen Massen der Werk-tätigen. In den Tiefen der Arbeiterklasse geht ein Prozeß vor sich, der ausgereift, eine gewaltige Umwertung der Werte hervorrufen wird. Die großen Massen des Proletariats, die heute noch für diese demokratische Republik hungern, werden sie morgen als die Muske für die Herrschaft der Rothschild-Dynastie durchschauen haben und ihr Leben zu opfern bereit sein im Kampfe gegen das republikanische Hungerregime.

Die Aufgabe der Kommunisten ist es, diesen Prozeß zu fördern und den wachsenden Widerstand des Proletariats gegen das Hungerregime Rothschilds in die Kampflinie der proletarischen Organisation zum Durchbruch zu bringen. Die organisierte Arbeiterschaft muß sich in Aktionsausschüssen eine revolutionäre Führung schaffen und an der Spitze der Werk-tätigen kämpfen.

Das ist die Linie, die die KP einschlagen muß, um die revolutionäre Einheit des Proletariats zur Tat werden zu lassen.

## Die Krise verschärft sich

Wir entnehmen diesen Artikel unserem deutschen Bruderorgan, dem „Kommunist“ (Anm. der Red.)

(H.) La sille sage einmal, die deutsche Bourgeoisie wolle ihren Profit nicht zürücklassen, ihn von Rechts wegen zu schlucken, auch wenn immer in einer moralischen Sackgasse verfangen. Der Wunsch nach einer moralischen Seite ist geblieben, die sie selbst aber unüberwindlich dünkt. Doch hin und wieder kommt es zu der Selbstmord eines verführten Bankiers oder bergrischen Kommunalführers, doch das ist die Ethik des Kapitalismus. Moral, die Gesetzen aus Gestalt. Einmal Roman, Schickel und Haben in ihrer kleinlich und verzerrten Welt. Einmal Hundert werden Verbahrheitet und Verbrechen passieren, nicht mehr in das Zentrum des Proletariats und proletarischen Kapitalismus. Heute ist die Ethik der Korruptionen und Sittenverfalls.

Die Geschichte des modernen Kapitalismus hat noch keine Krise mit solcher Wucht den Lebensstandard der Arbeiterklasse getroffen, wie die heutige. Auch die Kapitalisten, die Banken, die Großfirmen, der Mittelstand werden von dieser Krise in Mitleidenschaft gezogen; das zeigt die ansteigende Zahl der Konkurse, der Bankrotts und der Betriebsstilllegungen. Wir leben in einem kapitalistischen Staat. Dem entsprechend sind die Lasten der Krise auf kapitalistische Weise verteilt. Für die Arbeiter Lohnabbau, Entlassungen und Zertrümmerung der Sozialversicherung, für die Kapitalisten Subventionen.

Das Jahr 1931 brachte ein Defizit von ca 1 Milliarde Mark. Trotzdem erhielt die Landwirtschaftskredite von ca. 350 Millionen, gleichzeitig kostete die Roggenstützungskasse ca. 60 Millionen. Durch die Osthilfe-Notverordnung werden die Gläubiger des verschuldeten Ostens ihre Guthaben bis zur Hälfte verlieren. Ein Teil der Schulden übernimmt das Reich, und zwar in der Höhe von ca. 50 Millionen Mark. Durch die Juni-Notverordnung sind dem Steinkohlenbergbau die Arbeitslosenträge in Höhe von ca. 40 Millionen Mark erlassen worden. Den Hauptanteil der Subventionen schlucken die Banken. Bisher entfielen auf die Dresdner Bank 322 Millionen, auf die Akzeptbank 140 Millionen, auf die Schröderbank Bremen 45 Millionen, auf die Danabank 44 Millionen, auf die Orientbank 15 Millionen und auch die jetzt zusammengebrochene Bank für Handel und Grundbesitz wird verschiedene Millionen Mark verschlingen. Wir sehen, daß die kapitalistische Regierung trotz aller Defizite ihres Etats Milliarden für die Subventionen ihres bankrotten Systems übrig hat. Und wie könnte es auch anders sein! Ist doch die Frage des Zusammenbruches des Kapitalismus eine Frage des Stärkeverhältnisses der Klassen und der Intensität des Klassenkampfes.

Seit zwei Jahren tobt die Krise. Die Schrupfung der Beschäftigung hat in Deutschland nicht einen einzigen Wirtschaftszweig verschont. Die industrielle Warenerzeugung hält sich unter dem in der Krise 1925 und 26 erreichten Tiefpunkt, sie entspricht etwa der Warenerzeugung in den Jahren 1922-24. Die ganze Industrieproduktion ist gegenwärtig etwa so groß wie um 1900 herum. In einem dritten Jahrhundert kapitalistischer Entwicklung hat es der deutsche Kapitalismus, trotz ungeheurer technischer Entwicklung und Rationalisierung zu einer Wirtschaft gebracht, die täglich mehr zusammenschumpft und ihren Verfall und ihre Untauglichkeit allen Sehenden kund tut. Trotz der im Jahre 1931 eingetretenen Verschärfung der Krise ist der Kullinationspunkt noch nicht zu sehen. Durch die englische Inflation und Schutzzölle wird der deutsche Export, wie auch der anderer kapitalistischer Länder hart getroffen. Besondere Bedeutung erhält die Frage des deutschen Exports, wenn man sich vor allem die Frage vor Augen hält, daß allein 75 Prozent der deutschen Eisenproduktion exportiert werden. Selbstverständlich darf dabei nicht vergessen werden, daß ganze Wirtschaftsgruppen (Landwirtschaft und Handwerk) fast gänzlich am Export beteiligt sind. Immerhin erhält ein Achtel aller Erwerbstätigen durch den Export Arbeit.

Deutschland ist auf den Export in noch stärkerem Maße als andere Länder angewiesen. Die Währungs-krisen in England und in den nordischen Ländern

setzt aber seiner Ausfuhr starke Hindernisse in den Weg, wodurch sich automatisch ein weiterer Faktor der Krisenverschärfung ergibt. Nach Schätzung der Gewerkschaften wird allein durch die verschlechterten Exportmöglichkeiten nach England die Arbeitslosigkeit um anderthalb Millionen in diesem Winter vergrößert.

Die Begriffe von „Frei und Glauben“ schwinden immer mehr dahin und mit ihnen die Möglichkeiten der Beschaffung neuer Kredite trotz hoher und höchster Zinsen. Das Stillhalteabkommen hat Lücken gelassen und durch diese Lücken fließen Devisen und Goldbestände der Reichsbank. Während der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank im November vorigen Jahres noch 2,782 Mill. betrug, war seine Höhe am 14. November nur noch 844 Millionen. Es ist also innerhalb eines Jahres ein Schwund von ca. 70 Prozent eingetreten. Indessen hat sich der Devisenbestand weiter vermindert.

## Ausweg aus der Krise?

Der von der Brüningdiktatur eingesetzte Wirtschaftsbeirat hat versucht, einen Ausweg aus der Krise zu zeigen. Was kam dabei heraus? Die Preise und natürlich die Löhne sollen gesenkt werden. Seit 1929 das selbe Lied. Das Fazit war jedesmal eine Senkung der Löhne, aber keine Senkung der Preise, zumindestens nicht im selben Maßstabe. Wir wissen aus der Vergangenheit: Lohnsenkung mit Gewalt und radikal. Preisenkung auf Grund freier Verhandlungen. Aber noch etwas anderes legte der Wirtschaftsbeirat fest, nämlich, daß „auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage sei, öffentliche Lasten in der jetzigen Höhe zu tragen“. Hier wird mit aller Brutalität von der Zerstörung der Sozialität gesprochen. Auch sollen die Bindungen, die auf beiden Seiten bestehen, gelockert werden, d. h. Zerstörung des „Friedens“.

Diese Vor schläge des Wirtschaftsbeirates sind immer mehr auf die Lenkung gewinnreichen Teil der deutschen Bourgeoisie nicht lange nicht genügt. Es mehren sich die Stimmen, und es sind nicht nur die von Schacht und den Parteien von Langberg, sondern auch die der sogenannten liberalen Kreise, die eine Inflation fordern. Um eine Inflation handelt es sich auch dann, wenn man sie Kredit-erweiterung, Abwertung der Mark oder sonst irgendwie nennt. Hier bestehen nur graduelle Unterschiede. Die Folge für die Arbeiterklasse bleibt stets: die wirtschaftliche Verelendung.

Die Inflation fringt die Wünsche der Kapitalisten radikal und schnell zur Verwirklichung. Die Inflation enttötet nicht nur die letzten Ueberbleibsel des Kleinbürgertums, sie setzt auch die Löhne und Gehälter rücksichtslos und entscheidend herab, sie ermöglicht nicht nur (wenn auch vielleicht nur auf kurze Zeit) dem deutschen Kapitalismus einen gesteigerten Export und eine wesentliche Verringerung seiner Schuldenlast, sondern sie vernichtet auch gleichzeitig die Sozialversicherung. Das ist der Wunschtraum des deutschen Kapitalismus. Der Verwirklichung dieses Traumes gilt seine ganze Kraft. Keine Erfahrungen des englischen Kapitalismus, der einmal die Geister der Inflation gerufen, sie jetzt nicht mehr loswerden und seine Währung nicht auf der von ihm bestimmten Höhe stabilisieren kann, können ihn davon zurückhalten.

Noch ist die Inflation nicht da, wenn auch die Kreise, die zu ihrer Verwirklichung drängen, täglich zunehmen. Es gibt eine Kraft, die, wenn sie auch vielleicht nicht den Beginn der Inflation verhindert, so doch die Auswirkungen für die Arbeiterschaft beseitigen und die weitergehenden, wirtschaftlichen und politischen Pläne der Bourgeoisie zerschlagen kann. Diese Kraft, die revolutionäre Energie des Proletariats wächst. Eines nur fehlt, die klare, revolutionäre Führerin des Proletariats, die leninistische Partei. Stattdessen sehen wir eine kommunistische Partei, deren Führung unfähig ist, die Führung der Massen zu übernehmen. Die unteren Schichten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stoßen nach vorn. Das kommt auch schon in der Stellungnahme der Gewerkschaftszeitungen zum Ausdruck. So schreibt z. B. der „Freie Angestellte“, Organ des Zentralverbandes der Angestellten: Wenn Brüning den Kampf will, die freien Gewerkschaften werden ihn führen! Die Wirtschaftspolitik dieses Unternehmerprogramms der Regierung Brüning tolerieren — hieße einen neuen Schritt zum Faschismus tun!

Dasselbe, was Trotzki im Jahre 1929 über Österreich sagte, trifft heute auf Deutschland zu, nämlich der Zusammenstoß zwischen Sozialdemokratie und Faschismus, den Ausgangspunkt für eine mögliche, revolutionäre Entwicklung bildet.

Tragen wir die leninistische Politik in die Massen der Kommunistischen Partei und darüber hinaus, schaffen wir eine revolutionäre Führung in der Spitze einer revolutionären KPD und die Pläne der Bourgeoisie werden vernichtet und das System des Kapitalismus durch das der Planwirtschaft und des Sozialismus abgelöst werden.

## An unsere Leser

Wegen Platzmangel mußten wir die Fortsetzung des Artikels „Probleme der spanischen Revolution“ von Kurt Landau für nächste Nummer zurückstellen.

Eigentümer, Herausgeber und Verantwortlicher Schriftleiter: Kurt Landau, Hütteldorfer, Wien, 5. UG., Gumpelstraße 1. Verleger, Hans Eppner, Hütteldorfer, Wien, 2. UG., Hütteldorferstraße 34. (Im Auftrag der Wiener Arbeiterpartei.) Druck: „Werk“, Wien, 2. UG., Zobelstraße 53B.

## Unter dem Ausnahmezustand der Notverordnung

Seit Tagen war es bekannt, daß die Brüning-Regierung eine neue Notverordnung vorbereitet, die alles bisher dagewesene übersteige werde. Seit Tagen blüht sich die Arbeiterklasse in steigender Beunruhigung. Dazu kam die jäh Verschärfung der politischen Lage, die in der schroffen politischen Rechtslenkung des Zentrums ihren Ausdruck fand. Auf der anderen Seite hatten die Enthüllungen der Aktionspläne der hessischen Faschisten, die Dokumente von Boxheim, das gesamte Proletariat bis tief in die reformistischen Massen alarmiert.

Die Augen der Arbeiterklasse waren auf die KPD gerichtet. Unter der Führung des Zentrums blieb die Partei in völliger Aktionsunfähigkeit. Es wurde nicht der geringste Versuch gemacht, auch nur den leinsten Widerstand der Arbeiterklasse gegen die drohende Notverordnung zu mobilisieren, noch wurde versucht, die durch die Blutdrohungen

der hessischen Faschisten aufgewühlten Massen zusammenzufassen. Der klägliche Versuch, eine Betriebsrätekonferenz nach Erklärung der Notverordnung zu organisieren, wurde durch ein einfaches polizeiliches Verbot erledigt. Illegale Demonstrationen am 12. Dezember umfaßten an mehreren Stellen kleine, nach Tausenden, höchstens nach hunderten zu zählende Häuflein, die spürlos verpufften. Der groß angekündigte Erwerbslosentag am 15. Dezember verlief fast gänzlich unbemerkt.

Ohne daß von einer direkten Illegalität der KPD gesprochen werden kann, zeigen die Ausnahmebestimmungen der 4. Notverordnung, daß die legalen Mittel der Regierung und der Partei genügen, um die Partei völlig lahmzulegen. Das ist nicht der Kraft des Staatsapparates, sondern der politischen Ohnmacht der Partei zuzuschreiben.

## 7500 Wiener Schuh- und Lederarbeiter protestieren

Von einem Arbeitslosen der Vermittlung Herrmannsgasse (Schuh- und Lederindustrie) erhalten wir folgende Zuschrift:

Auf unserer Vermittlung sind derzeit etwa 7500 Arbeitslose vorgemerkt. Die überwiegende Mehrheit bleibt davon ist schon seit Jahren Stammgäste der Vermittlung. Mir selbst sind Fälle bekannt, wo Leute seit 5 und Jahren mit ganz kurzer Unterbrechung arbeitslos sind. Es dürfte niemanden wundern, wenn die Oedud der Arbeitslosen einmal zu Ende sein wird und sie sich ihrer Menschenrechte erinnern werden.

Trotzdem wagen es die von Arbeitergroßchen lebenden Bonzen der Verwaltungskommission, einen von langer Hand vorbereiteten Anschlag gegen die Arbeitslosen zur Ausführung zu bringen.

Schon seit Anfang 1931 wurden Vermittlungsbögen an die Arbeitslosen zum Ausfüllen ausgegeben. Nach dieser Vorbereitung wurde in allen Vermittlungsstellen folgendes Plakat angeschlagen:

„Achtung — wichtig! Im Sinne des § 21 der Satzungen des Arbeitsamtes hat die Zuweisung der Arbeitslosen gruppenspezifisch nach Qualifikation, Dauer der Arbeitslosigkeit und soziale Lage zu erfolgen. Da als Unterlage dazu der Vermittlungsbogen dient, so findet ab 23. November l. J. keine Ausfüllen der offenen Stellen statt. Es wird deshalb ersucht, den Aufenthalt in diesen Räumen auf das notwendigste zu beschränken.“

Dies bedeutet nichts weniger, als daß die auch ohnehin geringe Kontrolle der Arbeitslosen über die Vergebung der Arbeitsplätze gänzlich aufgehoben wird. Es bleibt ganz dem Vermittler überlassen, „nach Qualifikation, Dauer der Arbeitslosigkeit, und soziale Lage“ die Posten zu vergeben. Weiter bedeutet diese Verfügung, daß gerade zu Beginn des Winters den Arbeitslosen der warme Aufenthalt entzogen wird.

Die Erregung, die diese Verfügung unter den Arbeitslosen hervorrief, war ungeheuer groß. Eine am 21. November abgehaltene Versammlung beschloß, eine 6gliedrige Deputation zum Leiter des Arbeitsamtes Friedl zu entsenden, um ihm die Meinung der Arbeitslosen mitzuteilen. Herr Friedl, ein Gewerkschaftsbonze, der selbst einmal Arbeiter war, im Laufe der Jahre aber längst vergessen hat, was Not bedeutet, erklärte der Deputation, er wäre die erste Mauer, gegen die die Arbeitslosen anrennen, wenn sie eine Änderung dieser Vorschrift verlangen. Auf energisches Drängen der Deputation erklärte er sich bereit, die Wünsche

der Arbeitslosen der Verwaltungskommission zu übermitteln. (Eine Änderung ist trotzdem bis heute noch nicht erfolgt.)

Auch die Vollversammlung der Omo (Ortsgruppe der mechanischen und Oberleiter der freien Gewerkschaft) nahm zu dem Anschlag gegen die Arbeitslosen Stellung. Der Gewerkschaftssekretär Feigl und einige andere gut bezahlte Bonzen, sprachen für das neue Vermittlungssystem mit der Begründung, daß es für die Arbeiter bequemer ist, per Post vermittelt zu werden. Genosse Gottlieb Fiala geißelte das schändliche Verhalten der Bonzen, die die arbeitslosen Kollegen schikanieren und im Stich lassen. Nach längerer erregter Debatte, wobei die Arbeitslosen gegen die Bonzen für das neue Vermittlungssystem sprachen, wurde mit allen (ungefähr 250) gegen etwa 5 Stimmen gegen das neue System Stellung genommen.

Als auch von Betrieben Resolutionen gegen dieses Vermittlungssystem einliefen und nachdem eine zweite Arbeitslosenversammlung sowie eine RGO-Versammlung die Erregung der Arbeitslosen zum Ausdruck brachte, erklärte Herr Friedl der nochmals versprechenden Deputation, daß das Vermittlungssystem doch geändert werden wird. Bis heute ist davon noch nichts sichtbar! Offene Stellen werden noch immer kontrolliert „per Post“ vergeben.

Die Arbeitslosen der Vermittlung Herrmannsgasse dürfen sich nicht mehr dem Terror der von Arbeitergroßchen lebenden Bonzen fügen. Der Kampf aller Arbeitslosen ohne Parteunterschied muß gemeinsam aufgenommen werden für die Forderungen:

1. Annullierung des neuen Vermittlungssystems, der brieflichen Postenzuweisung und Wiedereinführung des Ausrufens der offenen Stellen.
2. Anerkennung der gewährten Vertrauensleute der Arbeitslosen durch den Amtsleiter.
3. Kontrollrecht der Vertrauensmänner der Arbeitslosen bei Beschwerden über ungerechte Vermittlungen.
4. Geheizte Warterräume auf der Vermittlung.
5. Das Vermitteln von drei bis vier Arbeitslosen auf einen Platz hat wegen der Gefahr des Lohndrucks aufzuheben.
6. Frei werdende Stellen sind grundsätzlich nach der Dauer der Arbeitslosigkeit zu vermitteln; Anschlag einer Reihenliste.

Darüber hinaus müssen die arbeitslosen Lederarbeiter in einer Front stehen mit der Gesamtarbeiterschaft für Arbeit, Brot und Freiheit!

### Aus dem Volkshaus der Grazer Sozialdemokraten.

Der zweite Chef des Hotels International Ekorianz, ist ärger als ein Gefangenenaufseher. Der Oberkellner Bemler ist nicht nur ein Schliefler, sondern besitzt auch die Gewohnheit, daß er jeden Invaliden, der um ein Stückchen Brot hausieren kommt, mit Gewalt hinauswirft, mißhandelt und der Polizei übergibt. Er hat auch die Gewohnheit, die Lehrlinge zu schlagen. Vor kurzem fragte ein Lehrling den ersten Chef Schneider, wie er 16 Ueberstunden einbringen darf, da dieselben nicht bezahlt wurden. Da wurde er geohrfeigt und als Strafe für diese Frechheit auf einen schlechteren Arbeitsplatz versetzt. Als vor kurzem der Oberkellner Egerl einen Lehrling mißhandelte, weil er seine Ueberstunden einbringen wollte, da sagte ein Lehrling, der bald frei wird, daß die Mißhandlungen in diesem roten Hause nicht angebracht sind. Da kam Schädner und hieb auf diesen ein.

Der jetzige Betriebsrat Wipfel ist ebenso ein Schliefler und sagt, das Personal geht ihm nichts an, ihm geht es nicht schlecht, er ist Portier. Und dieser Wipfel und dieser Skorianz sind Freunde des Gewerkschaftssekretärs Zöch der Gast- und Kaffeehausangestellten.

### Versammlung der Hotel- und Gasthausangestellten von Graz.

Der Referent Zach, Sekretär der Hotel- und Gasthausangestellten und Vorstand des Hotel International (Volkshaus), plauderte längere Zeit, ohne viel zu sagen. Er forderte unter anderem auf, besser zur Organisation zu halten, um endlich einen Erfolg zu erzielen. Dann zählte Zach die Betriebe auf, die wegen nichtbezahlten Ueberstunden zur Anzeige gebracht wurden, wobei es zu Zwischenrufen kam, wie: „Was ist's mit dem Hotel International?“

Nach Zach sprach ein Nationalsozialist, der zum Austritt aus der Gewerkschaft aufforderte. Dann kamen viele Redner, die sich beschwerten über den Beamten des Schalter 5 auf der Vermittlung der Hotel- und Gasthausangestellten. Es ist dies der frühere Kellner Mazek, der jetzt seine Kollegen und Kolleginnen auf das dreckigste behandelt. Es wurde eine Beschwerde diesbezüglich an das Amt geleitet, die nicht die erste ist.

Darauf berichtete ein Redner über die farnosen Zustände im Hotel International, wo unter dem Herrn Genossen Ungerner Schädner die Lehrlinge mißhandelt und 14—15 Ueberstunden nichtbezahlt werden, wofür Schädner von Bürgermeister Mutschitsch in Schutz genommen wird. Der Redner

berichtete auch über den Betriebsrat Wipfel vom Hotel International, der mit dem Unternehmer im Einvernehmen ist und sich um die Rechte der Angestellten nicht kümmert. Es wurde sein Ausschluß aus der Gewerkschaft gefordert. Dann sprach der Ober Eger vom Hotel International und verteidigte seinen Chef in kleinlauter Weise.

Zum Schluß verteidigte Zach den Betriebsrat Wipfel, obwohl viele Zeugen gegen denselben auftraten. Die Mitglieder sehen immer mehr den Verrat dieser Auch-Genossen. Sie müssen sich zusammenschließen, um diesen Heiden das Handwerk zu legen.

## China und die Sowjets

Die „Rote Fahne“ vom 28. Oktober veröffentlichte einen „Aufruf der chinesischen zentralen Sowjetregierung“.

In diesem Aufruf wurde definitiv von einer Sowjetregierung gesprochen, nicht aber davon, wo sich dieselbe befindet, wer sie repräsentiert und wer sie kontrolliert. Es wurde auch eine neue Formulierung der Revolution gebracht, und zwar wurde von einer Sowjetrevolution gesprochen. Ueber die abstrakten Theorien von der „Demokratischen Diktatur“, der „Bauernrevolution“ und der „Arbeiter- und Bauernregierung“ sind die Stalinisten jetzt zur „Sowjetrevolution“ gelangt. In gewisser Hinsicht hat die Theorie von der „Sowjetrevolution“ konkrete Formen: insofern, als die Sowjets in China keine Sowjets der Arbeiter und Bauern sind, ist eine Revolution gegen die Kulaken-sowjets möglich und notwendig. Aber dann haben wir eine Plebejerrevolution gegen die Patriziersowjets. Diese Revolution, die proletarische Revolution in China hat noch nicht gesiegt (auch nicht in den sogenannten Sowjetgebieten), sie wurde 1926—27 zugrunde gerichtet. Daher ist auch eine „Sowjetrevolution“ in diesem Sinne notwendig, indem das Proletariat, sich auf die armen Bauern stützend, in den Sowjetgebieten die reichen Bauern und die bourgeois Elemente aus den Sowjets vertreibt und die führende Rolle einnimmt.

Wenn uns bisher gelehrt wurde, daß in China eine Sowjetregierung bestehe und wir dies vereinten und den wahren Charakter der chinesischen Sowjets aufzeigten, so wurden wir als Feinde der Revolution gebrandmarkt. Zu unserem Erstaunen lesen wir nun in den „Roten Fahne“ vom 28. November von einem „Manifest der chinesischen Provisorischen Sowjetregierung“. Diese Manifest, „ein welthistorisches Dokument“, wurde vom ersten Allchinesischen Sowjetkongreß erlassen, und zwar am 7. November 1931, an dem Tage, an dem die Provisorische Sowjetregierung geschaffen wurde. Das wichtigste aber an der ganzen Sache ist das Programm, das diese „Provisorische Sowjetregierung“ proklamierte. Dieses Programm ist die Krönung der liquidatorischen Politik der Komintern von 1925—1927, denn es könnte ebenso das Produkt einer bürgerlich-nationalen Regierung sein. Die Hauptpunkte sind: „Sofortige Aufhebung aller ungleichen Verträge — sofortige Annullierung aller ausländischen Schulden — bedingungslose Rückgabe aller Konzessionen und Territorien in China — Zurückziehung aller imperialistischen Streitkräfte — Konfiszierung aller imperialistischen Banken, Betriebe, Bergwerke und Transportunternehmungen in China, um die Macht der Imperialisten in China zu brechen.“

Die chinesische Bourgeoisie bleibt ungeschoren, und die radikalen Kuomintang-Elemente können dieses Programm getrost unterschreiben. Wie ist aber derartiges möglich? Es ist einfach der Tatsache zu verdanken, daß in China faktisch keine kommunistische Partei existiert. Stalin hat gründlicher gearbeitet als Tschang-Kai-Scheck. Was letzterer nicht vollbrachte, hat ersterer mit Hilfe der bürokratisierten Komintern vollbracht. Die Politik der Komintern ist in China jetzt jener von 1925—1927 wesentlich ähnlich, nur das dieselbe ihre Karten in 1925—1927 auf die Kuomintang oder die nationale Bourgeoisie setzte, während sie dieselben jetzt auf das chinesische Kulakentum setzt, wobei das Resultat dasselbe ist: Unterordnung der Werktätigen in der Stadt und auf dem Lande unter eine bürgerliche Klasse.

Derart liegen die Verhältnisse in Bezug auf die Partei des Proletariats in dem Moment, wo die japanischen Imperialisten in der Mandschurei einfallen. Die japanischen Imperialisten haben nicht nur bezüglich Chinas, sondern auch bezüglich der Sowjetunion den günstigsten Moment zu ihrem Einfall gewählt, denn von China erwarten sie keinen nennenswerten Widerstand und die Sowjetunion ringt um die Erfüllung des Fünfjahresplanes und will nach außen hin den Frieden unter allen Umständen. Diese Taktik ist für den Bestand der Sowjetunion gefährlich und entspringt nicht der jetzigen Lage, sondern der Wurzel aller Niederlagen des internationalen Proletariats, der Theorie vom „Sozialismus in einem Lande“, die die kommunistischen Parteien der Welt zu Schildwachen für die Sowjetunion degradiert bis letztere die kapitalistischen Staaten „eingeholt und überholt hat“. Bei einer richtigen leninistischen Politik würden die kommunistischen Parteien nicht derart ohnmächtig den jetzigen Verhältnissen gegenüberstehen, sondern sie würden befähigt sein, zur Offensive überzugehen. Der Sieg der proletarischen Revolution in Mitteleuropa ist die unerschrückliche Garantie gegen den drohenden Faschismus und den imperialistischen Ueberfall auf die Sowjetunion.

Die Spitze des japanischen Angriffes ist in erster Linie auf die Sowjetunion gerichtet, im Einverständnis mit den anderen imperialistischen Staaten. Die klägliche Völkerbundkomödie beweist dies zur Genüge. Diese famosen Friedensposten: beraten nebenbei, wie die Sowjetunion zu provozieren sei. Sie hoffen zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen, und zwar erstens wollen sie einen Krieg als Vorteil für die herrschende Krise benützen, und zweitens wollen sie die Sowjetunion, das Bollwerk des internationalen Proletariats, zerschlagen, um dann einen Vernichtungsfeldzug gegen das Proletariat überhaupt zu eröffnen. Darum ist es unsere Pflicht, gegen den zersetzenden Stalinismus zu kämpfen. Noch ist es Zeit, das Unheil abzuwehren, indem die Partei zu den Ideen Lenins zurückkehrt.

## Was uns Arbeiter schreiben.

### Strafella an der Arbeit

Der Kollektivvertrag der Grazer Straßenbahner lautet bis 1. Jänner. Die Strafella-Direktion erachtete die Zeit aber für gekommen und hat den Angestellten eine 4—6prozentige Lohnkürzung und eine Senkung der Weihnachtseremumeration um 50 Prozent aufgezungen. Jene Straßenbahner, die bis Mitternacht am 28. November sich nicht schriftlich mit der Lohnkürzung einverstanden erklärten, wurden Sonntags aus ihren Betten geholt und mit Taximeterautos zur Direktion gebracht, wo sie von den Direktoren bearbeitet wurden, bis sie sich einverstanden erklärten.

Den Straßenbahner wurde gedroht, daß etwa 200 abgebaut werden, wenn sie sich nicht mit dem Lohnabbau einverstanden erklären. Dies ist aber ein Manöver, um, nachdem die Löhne gekürzt, die Angestellten doch abzubauen, denn der Achtstundentag ist schon durchlöcher und der Neunstundentag soll eingeführt werden.

Dies alles geschieht mit der Zustimmung der christlichen und der gelben Gewerkschaften. Aber auch die Freie Gewerkschaft trifft die Schuld, denn derartig wäre unmöglich, würde die Gesellschaft auf eine entschlossene Front der Arbeiter stoßen. Es ist aber auch mit einer selbständigen roten Gewerkschaft nicht gedient, es muß innerhalb der Freien Gewerkschaften gearbeitet werden, um die oppositionellen Elemente zu erfassen und die Mitglieder von der Richtigkeit der revolutionären Taktik zu überzeugen.

Krankenkassenschlamperei tötet.

Der Chauffeur Ferdinand Schönk meldete sich krank. Zwei Aerzte behandelten ihn, doch keiner gab sich die Mühe, ihn gründlich zu untersuchen. Zwei Tage wurde er gegen Verköhlung mit Pulvern behandelt, darauf wurde er ins Spital geschickt. Dort wurde schwere Vergiftung festgestellt. Dem Mann war nimmer zu helfen; tags darauf starb er. Wäre er einen Tag früher ins Spital geschickt worden, wäre er noch zu retten gewesen. Es hinterläßt die Frau und zwei Kinder. Die Schlamperci und verbrecherische Oberflächlichkeit der Krankenkassawirtschaft hat schon vielen Proleten Gesundheit und Leben gekostet. Mit Arbeitergeldern wird so leichtfertig gewirtschaftet.